

SPD will Ökowärme fördern**Der Bonner SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrich Kelber schlägt zur Finanzierung zusätzliche Abgabe aller Verbraucher vor**

Berlin/Bonn. (dpa/ga) Verbraucher in Deutschland müssen sich möglicherweise auf erneut steigende staatliche Abgaben für Energie einstellen. Die SPD-Fraktion drängt auf eine gesetzliche Subventionierung von Wärme aus erneuerbaren Energiequellen.



Diese könne über eine Abgabe aller Verbraucher finanziert werden, schlug der SPD-Vize-Fraktionschef und Bonner Bundestagsabgeordnete Ulrich Kelber vor. Auch Umweltminister Sigmar Gabriel hatte bereits von einem Wärmegesetz ähnlich dem Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG) gesprochen, mit dem Ökostrom über eine Abgabe von allen Verbrauchern finanziert wird.

"Wir bestehen auf Verhandlungen innerhalb der Koalition noch in diesem Jahr", sagte Kelber. Die Union hatte sich hier unter Verweis auf dann weiter steigende Energiekosten skeptisch gezeigt.

Während Energiekonzerne verpflichtet sind, Ökostrom in ihre Netze zu festgelegten Tarifen einzuspeisen, gibt es eine vergleichbare Regelung bei Wärme etwa aus Biogas nicht. Hier wird lediglich der Kauf der Anlagen staatlich gefördert.

Allerdings gewinnt die Biogas-Branche weiter an Bedeutung, erste Unternehmen sind bereits an der Börse notiert. Nach Angaben aus Kreisen des Umweltministeriums ist von Seiten des Bundes geplant, einen Einsatz von Ökowärme in öffentlichen Gebäuden verpflichtend zu machen.

Die Unionsfraktion warnte, das Heizen würde nach den SPD-Plänen infolge eines Öko-Aufschlags für Wohneigentümer und Mieter teurer. Davor warnten auch der Eigentümerverband Haus und Grund sowie der Deutsche Mieterbund.

Die Öko-Branche begrüßte die SPD-Pläne. Nach ersten Äußerungen von Gabriel in einem Zeitungsinterview über mögliche geringfügige Kostenerhöhungen, erklärte er später, er habe "keinerlei Festlegungen hinsichtlich der Instrumente" getroffen.

"Da bin ich völlig offen", sagte der Umweltminister. "Über die Ausgestaltung werden wir innerhalb der Koalition zu beraten haben. Aber dass wir ein solches Gesetz benötigen, steht für mich gerade vor dem Hintergrund der klimapolitischen Herausforderungen und der gegenwärtigen Energiedebatte außer Frage."

Kelber erläuterte, er habe das Thema für die gemeinsame Sitzung der

Fraktionsvorstände von Union und SPD in 14 Tagen beantragt. "Es muss zur Lösung kommen", sagte er nach den Erfahrungen einer tagelang geschlossenen russischen Erdölleitung nach Deutschland.

Die Vizevorsitzende der Unionsfraktion, Katherina Reiche (CDU), lehnte eine Anknüpfung des Wärmegesetzes an das Öko-Stromgesetz über Erneuerbare Energien (EEG) ab. Danach müssen die Verbraucher für Ökostrom zum Beispiel aus Windenergie mit dem Strompreis einen Vergütungsaufschlag zahlen.

Kelber verteidigte die Pläne der SPD-Umweltpolitiker zu einem Wärmegesetz, das vielleicht 2008 wirksam werden könnte. "Ein solches Gesetz verursacht im Bundeshaushalt keine Kosten, sondern finanziert sich durch erhebliche Investitionen selbst", sagte er.

Die Mittel sollten vom jetzigen Marktanzreizprogramm für Solar- und Bioenergie in Höhe von 217 Millionen Euro auf einen Fonds übertragen werden, der "in Richtung 300 Millionen weiterentwickelt werden könnte".

Für Wärme aus Biomasse könne es zur Vergütungs-Regelung kommen. Für solare Wärmeanlagen sollte es einen Zuschuss aus den Etatmitteln geben. Wer früh in eine solche Solaranlage investiere, werde den vollen Zuschuss erhalten, der bei späteren Investition oder steigenden Ölpreisen jeweils sinken solle.

Der Vorteil des Fonds sei eine verlässliche Grundlage für Handwerk und Ökobranchen mit der Folge zusätzlicher Investitionen "in den nächsten Jahren von 40 bis 50 Milliarden Euro und vielen neuen Jobs", sagte Kelber. Beim Marktanzreizprogramm habe sich die Abhängigkeit von der jeweiligen Haushaltslage gezeigt.

Die gesetzliche Festschreibung sei wichtig, um die Treibhausgase im Gebäudebereich noch stärker zu verringern und dazu bis 2020 den Heizbedarf an Öl und Gas um die Hälfte zu verringern. Gabriel forderte, am Erfolg des EEG anzuknüpfen, weshalb es in der Öko-Branche heute 170 000 Jobs gebe.

Reiche strebt dagegen im Interesse von Importunabhängigkeit und Klimaschutz einen anderen Weg an. In "ihrem" Wärmegesetz solle Heizenergie künftig zu mindestens 10 bis 15 Prozent aus erneuerbaren Energieträgern bestehen.

Außerdem strebe die Union eine Verlängerung des jetzigen Marktanzreizprogramms über 2009 hinaus an. Zugleich solle es einen Bonus zur Förderung besonders effizienter Heizanlagen geben. Der Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE) und Bundesverband Solarwirtschaft (BSW) begrüßten die SPD-Pläne.

 Lesen Sie dazu auch den Kommentar "Einseitige Lasten"

(15.01.2007)
